

Eine Herkulesaufgabe für alle

Städteausschuss Mainz-Wiesbaden zur Wärmewende / Bürgern sollen Ängste wegen Kosten genommen werden

Von Wolfgang Wenzel

WIESBADEN. Für Brisanz sorgte das Thema Wärmewende im Städteausschuss Mainz-Wiesbaden. Die Bürger müssten mitziehen und die Vorgaben umsetzen. Dafür hätten sie zwei bis drei Jahre nach Abschluss der kommunalen Wärmeplanung Zeit.

Wie die Stadt Wiesbaden die Direktive durchsetzen wolle, fragte der Mainzer Oberbürgermeister Nino Haase (parteilos). Ob sie eine Satzung beschließen werde? Es gebe noch keine Festlegung, erwiderte Wiesbadens Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende (SPD). Klar sei, dass Satzungen eine hohe Anschlussdichte brächten. Nähmen Verbraucher etwa die Fernwärme nicht ab, ließe sich die Produktion nicht mehr abschalten.

Neue Klimaneutrale Zielmarke ist das Jahr 2045

Die Stadt Wiesbaden rückte bei der Sitzung von ihrem Ziel ab, bis 2035 klimaneutral zu sein. Neue Zielmarke sei das Jahr 2045, sagte Umweltamtsleiter Klaus Friedrich. In Bieblich will die Stadt ein Fernwärmenetz aufbauen. Mit Infrastrukturdienstleister der Betreibergesellschaft des Industrieparks Kalle-Albert, werde über ein Nutzen von Abwärme verhandelt. Kühltürme und der Rhein sei-

en keine Lösungen: „Wir haben keine Wärme mehr zu verschenken“, sagte Friedrich.

In Amöneburg, Kastel und Kostheim gehe es bei der Wärmewende wegen der Netzhoheit und dem Strom von Enitega nur gemeinsam mit Mainz: „Wer spielt welche Rolle?“ Diese Frage müsse geklärt werden.

Welche Bauten sind für die Fernwärme ungeeignet?

Wiesbaden und Mainz befanden sich bei der Wärmeplanung auf ähnlichem Stand. Beide Stadtverwaltungen stünden im Austausch. In der Diskussion wurden Unterschiede bei der Bewertung deutlich. Von 1000 Häusern in der Mainzer Kernstadt seien bis zu 800 nicht für Fernwärme geeignet, sagte OB Haase. Er wüsste nicht, weshalb Bauten dafür ungeeignet sein sollen, erwiderte Ralf Cohrs von Eswe Versorgung. Es gebe Garantien für einen Anschluss, die Bürger müssten dafür nichts machen.

Für Erstaunen sorgte auf Wiesbadener Seite das Werben des Mainzer Beigeordneten Volker Hans (FDP) zum Aufbau eines regionalen Wasserstoff-Netzes. Es richtet sich an die Industrie und nicht an Privathaushalte. OB Mende äußerte sich skeptisch: „Wo sollen die großen Mengen an Brennstoff herkommen?“



Im Städteausschuss Mainz-Wiesbaden sind sich die Mitglieder unter anderem in dem Punkt einig: Bei der Wärmewende sollen in den beiden Kommunen keine „unsäglichen“ Diskussionen wie auch Bundesebene geführt werden. Archivfoto: Wolfgang Bartels

Die Wärmewende werde die Bürger viel Geld kosten, sagte Umweltamtsleiter Friedrich. Die Städte brauchten deutlich mehr Unterstützung. Ihre Ressourcen reichen nicht, um die Wärmeplanung alleine zu stemmen. Es werde zu einem Gerangel um Ressourcen kommen, sagte der Umweltamtsleiter.

Nötig seien verlässliche Aussagen, welche Gebiete mit welchem Ziel umgestellt wür-

den sei klar, dass sie bei der Heiztechnik an die Wärmewende denken müssten. Die Bereitschaft zum Fernwärme-Anschluss sei größer als die lieferbare Menge. Einen richtigen „Run“ habe es jedoch nicht gegeben, sagte der Umweltamtsleiter.

Forderung nach Planungssicherheit

Der Stadtratsordner Martin Kraft (Grüne) stütze die Forderung nach Planungssicherheit. Eine Wärmewende sei eine Herkulesaufgabe. Eine unsägliche Diskussion wie die auf Bundesebene wäre wenig hilfreich. Es sei erfreulich, dass Stadt und Eswe Versorgung ohne besonderen Auftrag von sich aus die Initiative ergreifen.

Das Thema Klimaschutz kam auf Wiesbadener Wunsch zur Sprache. Angerissen wurde der Stand des Anpassens an den Klimawandel. Dafür würden viel unternommen, sagte der Umweltamtsleiter. Zum Schutz vor Hochwasser seien beide Städte gut ausgestellt. Wiesbaden behalte die Vorsorge gegen Starkregen sowie den Umgang mit Wasser im Blick. Durch Nachverdichtung und Neubaugebiete fielen zusätzliche Mengen an. Fragen wie das Speichern sowie die Freiraum- und Grünentwicklung gewannen daher an Gewicht.